



Regierungsratsbeschluss vom 18. Dezember 2018

Kantonale Volksinitiative «Zämme fahre mir besser!»; Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Verfahren

P170552

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Die Volksinitiative „Zämme fahre mir besser!“ fordert eine grundlegende Änderung des Umweltschutzgesetzes: Die Bevorzugung von Fussverkehr, Veloverkehr und öffentlichem Verkehr soll abgeschafft werden; stattdessen wird die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmenden verlangt. Der Regierungsrat lehnt die Initiative insgesamt ab, da sie einen differenzierten Einsatz der Verkehrsmittel gemäss ihrer spezifischen Vorteile stark erschwert, wenn nicht sogar ganz verunmöglicht. Der Regierungsrat anerkennt aber, dass die bestehenden Formulierungen des Umweltschutzgesetzes (§§ 13 bis 13b) nicht in allen Punkten umsetzbar sind und hat einen Gegenvorschlag erarbeitet. Er übernimmt darin die wesentlichen Inhalte der aktuell gültigen Paragraphen und greift gewisse Anliegen der Initiative auf, wie die Anpassung des Reduktionszieles des privaten Motorfahrzeugverkehrs. Der Regierungsrat schlägt dem Grossen Rat vor, die Volksinitiative und den Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten parallel zur Abstimmung vorzulegen und den Stimmberechtigten die Ablehnung der Initiative sowie die gleichzeitige Annahme des Gegenvorschlages zu empfehlen.

